

STARK FÜR THÜRINGEN

THÜRINGER IMPULSE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

Die Menschen in Thüringen und in ganz Ostdeutschland haben in den vergangenen Jahren Großes vollbracht. Mit Entschlossenheit und Fleiß haben wir unsere Lebensverhältnisse verbessert. Noch gibt es Unterschiede zwischen Ost und West, aber sie sind geringer geworden. Viele Städte sind saniert und bieten eine hohe Wohnqualität. Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Kinos und Theater wurden modernisiert. Die Infrastruktur wurde erneuert und ausgebaut. Immer mehr Ostdeutsche, die in den 1990er Jahren ihre Heimat verlassen haben, kehren wegen der verbesserten Lebens- und Arbeitsbedingungen zurück. Darauf sind wir stolz.

An diesen positiven Entwicklungen hatte die SPD während ihrer Regierungszeit maßgeblichen Anteil. Sie hat den „Stadtumbau Ost“ ins Leben gerufen und andere Förderprogramme wie „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern“ aufgelegt. Aber vor allem wurde unter sozialdemokratischer Führung der Solidarpakt II ausgehandelt, mit dem die Finanzausstattung der ostdeutschen Länder langfristig auf eine sichere Grundlage gestellt worden ist.

Der „Aufbau Ost“ hat viel bewirkt, aber er ist noch längst nicht abgeschlossen. Ein Blick auf den Arbeitsmarkt belegt die sozialen Unterschiede, die zwischen Ost und West nach wie vor existieren. So stagnieren die Löhne im Osten bei rund 80 Prozent des Westniveaus. Die Menschen empfinden das als zutiefst ungerecht. Soziale Gerechtigkeit heißt, dass jeder für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhält, egal wo sich sein Arbeitsplatz befindet. Wir wollen die Lohnschere zwischen Ost und West endlich schließen.

Für das Gerechtigkeitsempfinden spielt die Höhe der Entlohnung eine entscheidende Rolle. Wer voll berufstätig ist, darf nicht darauf angewiesen sein, sein Gehalt vom Staat aufstocken zu lassen. Im Osten gibt es besonders viele Geringverdiener, die am Ende des Monats auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Wer diesen Schritt gehen muss, fühlt sich in seiner Würde verletzt. Wir müssen alles tun, um den einheitlichen und flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gegen schwarz-gelben Widerstand durchzusetzen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist auch eine Voraussetzung für ein neues Bevölkerungswachstum im Osten. Viele junge Menschen und Fachkräfte sind abgewandert und fehlen, auch als potenzielle Eltern. Doch die schrumpfende Bevölkerungszahl ist kein unabwendbares Schicksal. Wir werden die Lebensbedingungen in Ostdeutschland so gestalten, dass sich hier weiterhin attraktive und anziehende Städte und Gemeinden entwickeln.

Es ist unbegreiflich, dass die Bundesregierung Ostdeutschland offenkundig abschreibt. Beispiele gibt es viele. CDU/CSU und FDP schließen einen gesetzlichen Mindestlohn aus; sie haben sich von der Ost-West-Angleichung bei der Rente verabschiedet; sie kürzen die ostdeutsche Wirtschaftsförderung oder sie streichen Förderprogramme wie „Goldener Plan Ost“ zur Sanierung der ostdeutschen Sportstätten. All das geschieht vor den Augen und mit dem Placet des Ostbeauftragten der Bundesregierung.

In Ostdeutschland einen uns die Erfahrungen, die uns vor 1989, während der friedlichen Revolution und danach geprägt haben. Deshalb müssen wir gemeinsam und mit einer Stimme sprechen, wenn wir notwendige Unterstützung auch mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch brauchen. Diese gemeinsame Stimme kann nur die SPD sein. Willy Brandts Versprechen, dass jetzt zusammenwächst, was zusammengehört, ist Leitschnur und Erbe zugleich. Wir wollen die Hoffnungen der hier lebenden Menschen nicht enttäuschen und dabei helfen, ihre Erwartungen zu erfüllen. Wir wollen dem Anpassungsprozess neuen Schwung geben und nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Sonst gefährden wir unsere Aufbauleistung, die wir bis zum heutigen Tage erbracht haben.

Gerade jetzt, wo viele andere Menschen im gemeinsamen Europa auch unsere Hilfe brauchen, wo die Krise in der Weltwirtschaft das gemeinsame Handeln der europäischen Staaten dringender denn je braucht, muss Deutschland weiter zusammenwachsen. Ein starkes Deutschland kann und wird die Europäische Union stärken. Auch deshalb muss die innere Einheit vollendet werden. Das Gebot des Grundgesetzes, in ganz Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, gilt weiterhin.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT:

- Wir wollen gleiches Geld für gleiche Arbeit. Deshalb werden wir einen einheitlichen und flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von beginnend 8,50 Euro pro Stunde für die Beschäftigten einführen. Dauerhaft niedrigere Einkommen im Osten sind nicht nur ungerecht, sondern ein entscheidender Standortnachteil. Nach wie vor wandern Menschen ab, weil sie anderswo mehr verdienen. Um langfristig höhere Löhne durchzusetzen, brauchen wir einflussreichere Arbeitnehmervertretungen. Im Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Betriebsräten werden wir dafür werben, dass sich die Beschäftigten stärker organisieren, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.
- Das zentrale Problem ist die immer noch hohe Arbeitslosigkeit beziehungsweise Unterbeschäftigung. Die in den vergangenen Jahren eingetretene scheinbare Verbesserung auf dem Thüringer Arbeitsmarkt ist nicht ein Ergebnis des generellen Anstiegs des Arbeitsvolumens, sondern vor allem Ergebnis eines stagnierenden Volumens der Verteilung auf mehr Beschäftigte und sinkender Zugangsraten zum beziehungsweise steigender Abgangsraten aus dem Arbeitsmarkt (Demografie). Ein in der Öffentlichkeit vielbeachteter Teilaspekt ist der Fachkräf-

temangel. Er ist ein Ergebnis einer kurzatmigen Personalentwicklungspolitik der Unternehmen in der Vergangenheit und der sie stützenden arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Konzepte der Vorgängerregierung.

- Der zunehmende Fachkräftemangel stellt den gesamten Osten vor gravierende Probleme. Schon jetzt fehlt vielen Betrieben qualifiziertes Personal. Wenn wir Fachkräfte halten und zusätzliche anwerben wollen, brauchen wir attraktive Lebens- und Arbeitsperspektiven für sie und ihre Familien. Dazu zählt neben einer gut ausgebauten Betreuungsinfrastruktur und einem kräftigen Lohnzuwachs auch eine konsequente Gleichstellungspolitik. Wir können es uns auch nicht erlauben, gut ausgebildeten jungen Frauen nicht die ihnen zustehenden Aufstiegschancen zu bieten. Frauen sind in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Sie arbeiten in viel öfter in Teilzeit und müssen viel häufiger als Männer den Beruf und die Familie miteinander vereinbaren.
- Wir werden den Kahlschlag von Schwarz-Gelb bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik beenden. Bis Ende des Jahres 2013 werden sich die Kürzungen innerhalb von drei Jahren auf 12,5 Milliarden Euro summieren. Diese Politik ist angesichts verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und zugleich dramatisch anwachsendem Fachkräftebedarf sozial und ökonomisch falsch. Es fehlen die Gelder für die Beschäftigung, Vermittlung und Weiterbildung von Arbeitslosen.
- Nach 2013 werden die ostdeutschen Länder aus der Höchstförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) herausfallen. Die EFRE-Mittel haben die Produktivität der hiesigen Industrie enorm gesteigert und ihre Wettbewerbsfähigkeit erheblich verbessert. Um diese Erfolge nicht im Nachhinein zu gefährden, ist eine angemessene Anschlussförderung notwendig, nach der mindestens zwei Drittel der bisherigen EFRE-Förderung im Zeitraum 2014 bis 2020 in die ostdeutschen Regionen fließen. Auch für die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds brauchen wir eine vergleichbare Übergangsregelung.
- Auch in Zukunft werden wir Investitionen in Ostdeutschland über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) fördern. Weitere Kürzungen lehnen wir ab, weil sie überproportional zu Lasten der ostdeutschen Länder gehen. Neben einer sicheren finanziellen Ausstattung wollen wir die GRW-Mittel strenger konditionieren und einen Teil nur an tarifgebundene Unternehmen zahlen, die darüber hinaus nur begrenzt Leiharbeiter beschäftigen. Außerdem werden wir überprüfen, ob die Investitionszulage für kleine und mittlere Unternehmen über das Jahr 2013 hinaus fortgeführt oder in die GRW überführt werden kann.

GLEICHES RENTENRECHT IN OST UND WEST:

- Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen. Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit werden Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland nicht mehr akzeptiert. Wir werden deshalb ein einheitliches Rentensystem für Ost und West bis 2020 schaffen.
- Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West einheitlicher und flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenansprüchen weiter schließen.
- Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. So nehmen die jetzigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland an der Angleichung teil. Ab 2020 wird es bei der Rentenberechnung in Ost und West keine Unterschiede mehr geben. Damit wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft. Mit der Solidarrente steht uns aber ein Mechanismus zur Verfügung, der niedrige Einkommen in Ost und West aufwertet. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verhinderung von Altersarmut in ganz Deutschland.
- In einem ersten Schritt werden wir sofort alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen.
- Für Betroffene, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen diese in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.

FINANZEN UND HAUSHALT:

- Die SPD hat mit ihrem Steuer- und Finanzierungskonzept einen soliden Plan für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Entscheidend dafür sind drei wesentliche Elemente: der Abbau der Schulden, ein gerechtes Steuersystem sowie Investitionen in Bildung, in Infrastruktur und in die bessere Ausstattung unserer Kommunen. Wir werden unter anderem die Steuern auf sehr hohe Einkommen anheben sowie wirtschaftlich unnötige und ökologisch nachteilige

Subventionen abbauen, um den erforderlichen finanziellen Spielraum zu schaffen. Allein die Städte und Gemeinden werden jährlich 4 Milliarden Euro zusätzlich erhalten. Damit entlasten wir die Kommunen, denen dann mehr finanzielle Mittel für Soziales und Kultur zur Verfügung stehen.

- Der Solidarpakt II ist für uns nicht verhandelbar. Die Mittel müssen wie vereinbart fließen und dürfen nicht weiter in Frage gestellt werden. Ostdeutschland braucht bis 2019 weiterhin besondere finanzielle Unterstützung, um die bisherigen Fortschritte beim wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess nicht zu gefährden und die weiterhin bestehenden strukturellen Unterschiede ausgleichen zu können. Die ostdeutschen Länder müssen darauf vertrauen können, dass ihnen die aus dem Solidarpakt II zugesagte Finanzausstattung zur Verfügung gestellt wird. Für die Zeit ab 2020 werden wir überprüfen, inwieweit eine geeignete Anschlussförderung weiterhin in Betracht kommt.
- Wir wollen den Länderfinanzausgleich rechtzeitig reformieren, bevor er ebenfalls 2019 ausläuft. Die geltenden Regelungen benachteiligen den Osten, weil sie die durchschnittlich stärkere Finanzkraft der westdeutschen Kommunen nur zu zwei Dritteln anrechnen. Ein reformiertes solidarisches Ausgleichssystem muss die Einnahmekraft aller Städte und Gemeinden in voller Höhe einbeziehen. Ganz entscheidend ist außerdem, dass künftig auch die Finanzströme vom Bund an die Länder beispielsweise für die Bundeswehrstandorte oder auch bei der Forschungsförderung berücksichtigt werden – nicht nur wie bisher die zwischen den Ländern.

ENERGIE UND UMWELT:

- Den von CDU/CSU und FDP verantworteten Stillstand bei der Energiewende werden wir auflösen. Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Bund und Ländern wollen wir in einem Bundesenergieministerium zusammenführen, das die Energiewende koordiniert, evaluiert sowie verlässliche und klare Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieses bedeutenden politischen Vorhabens schafft. Wie bei allen Großprojekten haben Transparenz und Bürgerbeteiligung auch bei den Maßnahmen der Energiewende einen hohen Stellenwert.
- Wir werden die Energiewende zügig, konsequent und dezentral vorantrieben und mit einer zukunftsfähigen Entwicklung Ostdeutschlands verknüpfen. Die erneuerbaren Energien wollen wir zuverlässig fördern, um Arbeitsplätze etwa in der Thüringer Solarbranche zu sichern. Damit Produktion und Forschung langfristig hier bleiben, brauchen unsere Unternehmen Planungssicherheit. Deshalb lehnen wir außerplanmäßige Förderkürzungen für die Photovoltaik ab.

- Die Energiewende gelingt nur mit einem gesunden Mix aus allen erneuerbaren Ressourcen. Insbesondere das enorme Potential der Windkraft ist noch nicht voll ausgeschöpft. Die schwarz-gelbe Bundesregierung konzentriert sich einseitig auf Offshore-Windparks. In jedem Bundesland sind mindestens zwei Prozent der Fläche für Onshore-Anlagen bereitzustellen, um mit verbrauchsnahe Strom zu erzeugen und Wertschöpfungsvorteile für Kommunen sowie mittelständische Unternehmen zu schaffen. Wir wollen den Beitrag der Windenergie auch in Thüringen steigern und als einen Pfeiler der Energiewende etablieren.
- Wesentlich für uns ist, die Kosten für den Ausbau des Energienetzes gerecht zu verteilen. Derzeit wird der Osten einseitig belastet, weil hier besonders viel erneuerbare Energie ins Netz gespeist wird. Die Kosten dafür werden über die Netzentgelte nur regional umgelegt, obwohl die süddeutschen Ballungsgebiete einen Großteil des Stromes erhalten und verbrauchen. Die höhere Belastung der Haushalte im Osten und den Wettbewerbsnachteil für die ostdeutschen Unternehmen wollen wir beseitigen. Notwendig ist deshalb eine bundesweite Umlage zum Ausgleich der unterschiedlichen Netzentgelte.
- Wir werden die CO₂-Gebäudesanierung auf hohem Niveau weiter fördern und auch dadurch zur Energiewende beitragen. Dabei senkt der energetische Umbau nicht nur Strom- und Heizkosten, sondern löst außerdem ein Vielfaches an Investitionen aus und schafft Beschäftigung im Handwerk sowie Mittelstand. Ostdeutsche Wohnbaugesellschaften, denen aufgrund von Altschulden die erforderlichen Investitionsmittel fehlen, sollen durch zinsverbilligte KfW-Darlehen ihren Gebäudebestand sanieren können.
- Auch über 20 Jahre nach der deutschen Einheit sind noch nicht alle umweltpolitischen Altlasten der DDR beseitigt. Der Bund darf die ostdeutschen Länder und Kommunen nicht allein lassen und muss seinen finanziellen Anteil zur Bewältigung der immer noch existierenden Altlasten beispielsweise im Bergbau leisten.
- Wir lehnen eine Erkundung von Erdgas-Lagerstätten in Thüringen durch die Fracking-Technologie ab. Durch eine Änderung des Bergrechts wollen wir Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitsprachemöglichkeiten einräumen, wenn Bodenerprobungen in ihrem Lebensumfeld durchgeführt werden sollen.

BILDUNG UND FORSCHUNG:

- Wir werden die frühkindliche Bildung weiter verbessern und die Betreuungsinfrastruktur bedarfsgerecht ausbauen. Das Betreuungsgeld werden wir abschaffen, weil es Kinder von guter Bildung und qualifizierter Betreuung in der Kita fernhält. Die 1,2 Milliarden Euro, die es jährlich kosten soll, sind sinnvoller in zu-

sätzliche Kita-Plätze sowie die Qualifizierung und bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher investiert.

- In den kommenden Jahren wollen wir mehr in Bildung investieren. Dafür werden wir die Bundesmittel ab 2014 kontinuierlich bis auf 10 Milliarden Euro jährlich aufstocken, zum Beispiel für zusätzliche Kita-Plätze, ein neues Ganztags-schulprogramm, ein höheres Schüler-BAföG, eine zweite Chance auf eine Berufsausbildung, für mehr Erwachsenenbildung und für einen Hochschulpakt Plus.
- Im Gegenzug für höhere Bildungsinvestitionen fordern wir mehr Mitsprache. Bund und Länder sollen gemeinsam über deutschlandweite Leistungs- und Qualitätsstandards entscheiden. Für ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes und eine engere Zusammenarbeit mit den Ländern in Bildungsfragen müssen wir das Kooperationsverbot abschaffen.
- Ostdeutsche Unternehmen müssen größer, innovativer und eigenständiger werden. Deshalb wollen wir, dass der Bund die Forschung und Entwicklung stärker fördert. Die Programm „Unternehmen Region“ und „Innovationskompetenz Ost“ sowie das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ werden wir ausbauen. Damit unterstützen wir industriennahe Forschungseinrichtungen und mittelständische Unternehmen bei ihren Entwicklungsprojekten. Außerdem wollen wir künftig mehr Großforschungsinstitute im Osten ansiedeln. An dieser Stelle ist die Forschungsförderung und Ansiedlungspolitik der jetzigen Bundesregierung verfehlt, weil sie den Süden Deutschlands bevorzugt.

GESUNDHEIT UND PFLEGE:

- Wir wissen, dass eine gute Gesundheitsversorgung und Verbesserungen durch den medizinisch-technischen Fortschritt nicht zum Nulltarif zu haben sind. Damit die Kosten künftig gerecht verteilt werden, soll jeder entsprechend seiner finanziellen Leistungsfähigkeit in eine solidarische Bürgerversicherung einzahlen.
- Aus ostdeutscher Sicht brauchen wir künftig mobile Versorgungsstrukturen, um die Behandlung von Patientinnen und Patienten im ländlichen Raum sicherzustellen. Denn speziell dort leben viele ältere Menschen mit chronischen Erkrankungen, die medizinisch und pflegerisch versorgt werden müssen. Dazu ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen notwendig. Einerseits brauchen wir ausreichend Haus- und Fachärzte, die nach dem medizinischen Bedarf der Bevölkerung verteilt werden müssen. Andererseits müssen weitere Gesundheitsberufe in die Versorgung eingebunden werden, indem etwa Konzepte wie „AGnES“ (arztentlastende, gemeindenahe, e-health-gestützte, systemische Intervention) und „VERAH“ (Versorgungsassistentin in der Hausarzt-

praxis), weiterentwickelt und gestärkt werden. Speziell qualifizierte Arzthelferinnen und -helfer sowie Pflegekräfte können entscheidend zu einer flächendeckenden und qualitativen Versorgung beitragen.

- Wir werden eine Pflegereform durchführen, die ihren Namen auch verdient. Dafür wesentlich ist eine neue Definition von Pflegebedürftigkeit, die sich an der Wirklichkeit orientiert. Angesichts der wachsenden Zahl an Demenzkranken müssen geistige und psychosoziale Einschränkungen berücksichtigt werden. Auch in die Pflegeversicherung sollen alle einzahlen. Steuerlich geförderte Zusatzversicherungen lehnen wir ab. Sie privatisieren das Pflegerisiko, anstatt die Kosten der Pflege solidarisch zu verteilen. Außerdem können sich vor allem im Osten ältere und kranke Menschen sowie Geringverdiener die Policen nicht leisten.
- Sowohl in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, als auch in den Krankenhäusern muss die personelle Ausstattung mit Pflegekräften auf einem bedarfsorientierten Niveau gewährleistet sein. Deshalb wollen wir gezielter zu Altenpflegerinnen und Altenpflegern, Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern sowie Kinderkrankenpflegerinnen und Kinderkrankenpflegern ausbilden, damit es genügend qualifizierte Pflegefachkräfte deutschlandweit gibt. Doch das allein wird nicht reichen, um die steigende Anzahl an Pflegebedürftigen adäquat zu versorgen. Der Beruf muss attraktiver werden. Dazu zählen nicht nur eine angemessene Vergütung, sondern auch Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen.
- In Zukunft muss sich die betriebliche Gesundheitsförderung stärker etablieren. Arbeit dient den Menschen nicht nur zur finanziellen Absicherung ihres Lebens. Arbeit ist auch wichtig für die soziale Teilhabe und Wertschätzung der eigenen Leistung durch Kolleginnen, Kollegen und Vorgesetzte. Der Leistungsdruck auf die Beschäftigten etwa im Sozial- und Gesundheitswesen ist enorm gestiegen. Gleichzeitig werden immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitsunfähig. Deshalb wollen wir Arbeitsbedingungen schaffen, die die körperliche und psychische Gesundheit der Beschäftigten nicht schädigen.

MEHR DEMOKRATIE – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS:

- In Thüringen gibt es vielfältiges Engagement gegen Rechtsextremismus. Mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und der Unterstützung durch verschiedene Bundesprogramme, vor allem während der Regierungszeit der SPD auf Bundesebene, werden und wurden unterschiedlichste Initiativen gefördert und unterstützt. Wir werden die Bundesprogramme in den kommenden Jahren finanziell absichern, um bewährte Strukturen wie die Mobile Beratung (Mobit), die Opferberatung, die Aussteiger- und Elternberatung sowie die lokalen Bürgerbündnisse langfristig zu unterstützen. Die von der CDU eingeführte Extre-

mismusklausel werden wir abschaffen. Sie stellt alle, die sich gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit engagieren und unsere Demokratie verteidigen, unter einen unzulässigen Generalverdacht.

- Es ist Zeit für ein Verbot der NPD. Uns ist bewusst, dass wir mit einem Verbot dieser rechtsextremen Partei nicht den Rechtsextremismus beseitigen. Aber mit einem Verbot entziehen wir den Rechtsextremen eine wichtige Stütze und Verfassungsfeinde verlieren ihren Anspruch auf staatliche Finanzierung. Damit ein Verbotsverfahren berechnete Aussicht auf Erfolg hat, müssen die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Dafür werden wir auch die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses im Bundestag und der Untersuchungsausschüsse in den Ländern zur Mordserie der Terrorzelle NSU auswerten und die notwendigen Konsequenzen ziehen.
- Wir sind Teil der Zivilgesellschaft. Couragiertes Auftreten gegen alle Arten von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit findet unsere uneingeschränkte Unterstützung.

VERKEHR UND STADTUMBAU:

- Wir werden darauf hinwirken, dass die ICE-Neubaustrecke über Erfurt sowie der durchgängig zweigleisige, elektrifizierte Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gera zügig fertiggestellt beziehungsweise realisiert werden und die dafür zugesagten Bundesmittel fließen. Außerdem wollen wir die Lücke der Werrabahn zwischen Eisfeld und Coburg schließen, um den Personennahverkehr in der Region zu verbessern und mit der neuen ICE-Strecke zu verknüpfen.
- Über die Umsetzung unseres Steuer- und Finanzierungskonzeptes werden wir für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur jährlich 2 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen. In Thüringen können wir davon dringend benötigte Ortsumgehungen wie zum Beispiel bei Wasungen (B 19), Kalmerode (B 247) und Mühlhausen (B 249), den 2-streifigen Neubau der B 4 (Sundhäuser Berg), und die Autobahnzubringer B 90n von Traßdorf nach Nahwinden sowie B 7n von Altenburg nach Frohburg finanzieren.
- Die Städtebauförderung hat großen Anteil daran, dass in Ostdeutschland historische Stadtkerne erhalten geblieben, Innenstädte zu neuem Leben erweckt und Wohngebieten lebenswerter geworden sind. Wir werden die Kürzungen bei den Programmen durch die jetzige Bundesregierung rückgängig machen und die Fördermittel für den Städtebau auf jährlich mindestens 700 Millionen Euro aufstocken. Nach schmerzhaften Einschnitten in den vergangenen Jahren braucht vor allem das Programm „Soziale Stadt“ eine höhere finanzielle Ausstattung.

Dabei sollen künftig auch wieder nicht-bauliche Maßnahmen wie Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen in den Stadtteilen förderfähig sein.

- In einigen Thüringer Städten wachsen die Bevölkerung und damit die Nachfrage nach Wohnungen. Außerdem treibt die Niedrigzinsphase an den internationalen Kapitalmärkten die Investoren auf Renditesuche in unsere Innenstädte. In der Folge steigen die Mieten teils drastisch und machen vor allem bei Neuvermietungen bezahlbares Wohnen für viele unerschwinglich. Die Bewohner, die sich die Wohnungen nicht mehr leisten können, werden zunehmend an die Stadtränder gedrängt. Durch sozialen Wohnungsbau wollen wir auch künftig ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen – nicht nur in den Randbezirken, sondern auch in den Innenstädten. Unser Partner dafür sind die Wohnungsunternehmen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand. Darüber hinaus wollen wir durch ein soziales Mietrecht die Preissteigerungen für Neu- aber auch für Bestandsmieten begrenzen. Unser Ziel ist, dass Stadtteile sozial ausgewogen bleiben. Bevölkerungsverdrängung werden wir uns konsequent verhindern.
- Während in einigen Regionen die Investitionsmittel für neuen Wohnraum fehlen, mangelt es in anderen am Geld, um überflüssigen Leerstand zurückzubauen, der unnötige Kosten verursacht. Noch immer lasten hohe Restschulden aus DDR-Zeiten auf ostdeutschen Wohnungsunternehmen. Wir werden sicherstellen, dass keine Mittel aus der Altenschuldenhilfe verfallen und auch noch über das Jahr 2013 hinaus abgerufen werden können.

LÄNDLICHE RÄUME UND AGRARPOLITIK:

- Die ländlichen Regionen sind besonders vom demografischen Wandel betroffen. Wir werden zügig eine Demografie-Strategie erarbeiten, um auf die Entwicklung und ihre Folgen zu reagieren. Mit der Erprobung innovativer Mobilitätsangebote wie „Bürgermobile“ und „Nachbarschaftmitnahmen“ werden wir die ÖPNV-Versorgung in schwach besiedelten Landstrichen ergänzen. Wortortnahe ärztliche Gesundheitsversorgung wollen wir etwa durch mobile Untersuchungseinheiten an zentralen Plätzen sicherstellen.
- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ werden wir zur einer gemeinschaftlichen Aufgabe von Bund und Länder zur Entwicklung der ländlichen Räume umgestalten. Die geplante Kappung und Degression der Direktzahlungen für die neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik auf europäische Ebene lehnen wir ab, weil sie die ostdeutsche Landwirtschaft benachteiligt. Wir wollen, dass die Wertschöpfung im ländlichen Raum erhalten bleibt.

TOURISMUS, KULTUR UND SPORT:

- Thüringen ist reich an touristischen Sehenswürdigkeiten und einzigartigen Naturlandschaften. Wir wollen der steigenden wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus Rechnung tragen und konsequent an der Umsetzung erstklassiger Rahmenbedingungen für den Tourismus im Freistaat arbeiten.
- Die kulturelle Vielfalt Thüringens ist enorm. Seine prachtvollen Schlösser, historischen Gärten, Museen mit einmaligen Sammlungen und viele andere Kulturschätze haben sich zu touristischen Anziehungspunkten entwickelt und besitzen internationale Strahlkraft. Schon heute ist jedoch absehbar, dass der Freistaat sein kulturelles Erbe nicht dauerhaft bewahren kann. Deshalb muss auch der Bund mehr Verantwortung übernehmen und sich etwa bei der Stiftung Weimarer Klassik noch stärker finanziell engagieren.
- Thüringen ist eines der Kernländer der Reformation. Das Erfurter Augustinerkloster zählt zu den reformationsgeschichtlich bedeutendsten Denkmälern und authentischen Orten für das Wirken Martin Luthers. Dessen Leben und Werk wollen wir mit Veranstaltungen und Projekten in jedem Jahr bis zum Reformationsjubiläum 2017 würdigen und Besucher aus der ganzen Welt anziehen. Begleitend dazu sollen die zahlreichen originalen Lutherstätten in Thüringen denkmalpflegerisch restauriert werden. Auch der Bund muss dazu seinen finanziellen Beitrag leisten und außerdem sein Förderprogramm zum Reformationsjubiläum auf hohem Niveau verstetigen.
- Das Bauhaus war eine der wichtigsten Schulen für Architektur und Design im vergangenen Jahrhundert. Sein 100-jähriges Gründungsjubiläum wollen wir 2019 zu einem nationalen Ereignis mit internationaler Ausstrahlung machen. In Weimar wird in naher Zukunft ein Bauhaus-Museum realisiert. Wir werden sicherstellen, dass sich der Bund wie zugesagt finanziell am Bau beteiligt. Außerdem wollen wir Thüringen dabei unterstützen, gemeinsam mit anderen Bundesländern im „Bauhausverbund 2019“ auch touristisch für das architektonische und künstlerische Erbe im In- und Ausland zu werden.
- Sport ist ein starkes verbindendes Element. Tausende Engagierte leisten als Trainer, Übungsleiter, Freizeit- und Leistungssportler sozial-, gesundheits- und gesellschaftspolitisch wichtige Beiträge für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wollen die Infrastruktur für den Spitzensport fördern und Thüringen als Olympiastützpunkt stärken. Auch für den Breitensport gehören intakte Sportstätten zu einer funktionierenden Sportlandschaft. Den von der Bundesregierung ersatzlos gestrichenen „Goldenen Plan Ost“ werden wir wiederbeleben und mit 10 Millionen Euro jährlich ausstatten. Damit helfen wir, den in vergangenen Jahren aufgebauten Investitionsstau bei den Sportstätten abzubauen.

LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ:

- Wir wollen, dass Lebensmittel sicherer werden und dafür die Lebensmittelüberwachung ausbauen und verbessern. Künftig dürfen Fälle von verunreinigtem Mittagessen in Kitas oder Schulen nicht mehr vorkommen. Außerdem sollen Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren, ob Kantinen und Restaurants sauber sind. Deshalb werden wir die Kontrollergebnisse von Gesundheits- und Ordnungsämtern für alle verständlich und zugänglich veröffentlichen.
- Verbraucherzentralen sind für viele Menschen besonders im Osten wichtige Anlaufstellen, um sich unabhängigen Rat zu holen. Künftig sollen sie als „Marktwächter“ in den Bereichen Finanzen, Gesundheit, Energie und digitale Welt beraten und aufklären. Damit die Verbraucherzentralen ihre vielfältigen Aufgaben weiterhin erfüllen können, wollen wir sie stärken und ihre Arbeit finanziell absichern. Dafür müssen Bund, Land und Kommunen gemeinsam sorgen.